

Kampagne Steuer gegen Armut,  
c/o Detlev von Larcher, Böttcherei 210, 28844 Weyhe Fax +49421801885

An  
Bundeskanzlerin Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

cc:  
M. François Hollande  
Président de la République Française  
Palais de l'Elysée  
55, rue du Faubourg Saint-Honoré  
75008 Paris

KAMPAGNE

**"STEUER GEGEN  
ARMUT -**

**TRANSAKTIONS-  
STEUER"**

## **Betr.: Europäische Finanztransaktionssteuer**

Paris / Berlin, 22. 05. 2013

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Präsident,  
am 22. Januar d.J. haben elf europäische Länder beschlossen, eine europäische Finanztransaktionssteuer im Rahmen der *Verstärkten Zusammenarbeit* einzuführen.

Unsere beiden Netzwerke repräsentieren zahlreiche französische und deutsche Organisationen, die sich seit mehreren Jahren für eine solche Steuer einsetzen. Wir begrüßen diesen Durchbruch, der auch dank Ihres gemeinsamen Engagements zustande kam.

Aber obwohl Sie sich gemeinsam auf dieses Vorhaben verpflichtet haben, entnehmen wir den Medien und unseren eigenen Quellen beunruhigende Signale.

Angesichts der orchestrierten Opposition des Finanzsektors, der Klage Großbritanniens sowie des Drucks einiger Mitgliedsstaaten, scheinen die technischen Verhandlungen auf eine Steuer zuzulaufen, die entgegen dem Direktiventwurf der Europäischen Kommission, nur Aktien als Steuerbasis erfasst.

Darüber hinaus haben die elf Mitgliedsländer keine gemeinsame Position zur Verwendung der Einnahmen der Finanztransaktionssteuer entwickelt.

Demgegenüber:

- wird eine breite Steuerbasis es ermöglichen – anders als eine Steuer nur auf Aktien – zwei Ziele zu erreichen: eine stärkere Regulierung und Transparenz bei spekulativen Geschäften, insbesondere auch bei Derivaten und zugleich die Erreichung beträchtlicher Steuereinnahmen. Damit leistet der Finanzsektor einen Beitrag zur Bewältigung der Krisenlasten, die er mitzuverantworten hat. Da Europa ebenso wie die Entwicklungsländer mit beträchtlichen Haushaltsproblemen zu kämpfen hat, würden es die Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen, wenn das Potential der Steuer nicht vollständig ausgeschöpft würde;

- haben sich die Mitgliedsländer, die sich an der *Verstärkten Zusammenarbeit* beteiligen, insbesondere Frankreich und Deutschland, schriftlich bereit erklärt, eine Steuer auf der Grundlage der Direktive der Europäischen Kommission einzuführen, also unter Einbeziehung von Aktien, Anleihen und Derivaten. Seit zwei Jahren gehen Frankreich und Deutschland in dieser Frage gemeinsam voran. Beide Länder sind der Motor des Prozesses und müssen daher in dieser Frage vereint und fest bleiben;
- haben Sie begonnen, das europäische Finanzsystem zu regulieren. Wie viele Umfragen bestätigen, wird die Besteuerung von Derivaten von einer großen Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger unterstützt. Eine weniger ambitionierte Steuer würde deshalb als Zeichen von mangelndem politischen Willen verstanden;
- haben wir mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass sich bei der Verwendungsfrage Frankreich für internationale Solidarität ausgesprochen und auch die Bundeskanzlerin erklärt hat, dass sie sich vorstellen könnte, einen Teil der Einnahmen für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU zu verwenden.

Die Ratstagung im Juni könnte deshalb eine Gelegenheit sein, neue Dynamik für eine wirklich ehrgeizige Steuer mit breiter Steuerbasis in die Verhandlungen zu bringen. Dazu zwei Vorschläge:

- Wir bitten Sie, bei diesem Thema Führung zu zeigen und entsprechend Ihrer früheren Ankündigungen eine breite Steuerbasis öffentlich zu unterstützen, so wie der Vorschlag der Europäischen Kommission es vorsieht.
- Eine Gruppe von Staats- und Regierungschefs könnte, auf Vorschlag von Frankreich und Deutschland, ihren Willen bekunden, die Einnahmen auch für jene Zwecke zu verwenden, die Sie bereits unterstützen: Solidarität mit Entwicklungsländern, insbesondere für die Erreichung der MDGs, einschließlich der Bekämpfung der großen Pandemien, sowie des Klimawandels und der Jugendarbeitslosigkeit in der EU.

Wir hoffen, dass es Frankreich und Deutschland gelingt, bei diesem Schlüsselthema gemeinsam Fortschritte zu erzielen. Dies würde zeigen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit durchaus in der Lage ist, im Interesse der Menschen in Europa und darüber hinaus zu handeln.

Gern würden wir auch mit Ihnen vor dem 28. Juni zusammentreffen, um darüber zu beraten, wie Regierungen und Zivilgesellschaft dieses Anliegen noch besser voranbringen können.

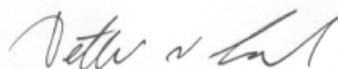
Über eine baldige Antwort würden wir uns sehr freuen. Wir danken Ihnen, Frau Bundeskanzlerin und Ihnen, Herr Präsident, im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit gegenüber unsrem Anliegen.

Hochachtungsvoll



Luc Lamprière

(Geschäftsführer Oxfam Frankreich)



Detlev von Larcher

(Sprecher der Kampagne „Steuer gegen Armut“)